

[Ihr Name]  
[Ihre Anschrift]  
[PLZ und Ort]  
[Datum]

**BG Nummer:**

**An das Jobcenter**  
[Adresse der zuständigen Agentur für Arbeit]

**Betreff: Widerspruch gegen die Zuweisung in eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung gemäß § 16 Abs. 3 SGB II**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Widerspruch gegen Ihre Zuweisung in eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), allgemein bekannt als „1-Euro-Job“, ein. Begründet wird dieser Widerspruch wie folgt:

### **1. Zweifel an der Erforderlichkeit und Zusätzlichkeit der Maßnahme**

Laut § 16 Abs. 3 SGB II darf eine Arbeitsgelegenheit nur dann zugewiesen werden, wenn sie im öffentlichen Interesse liegt und zusätzlich zu regulären Tätigkeiten ausgeübt wird. Es bestehen jedoch Zweifel daran, dass die zugewiesene Tätigkeit diese Voraussetzung erfüllt. Ich fordere Sie daher auf, die Erforderlichkeit und Zusätzlichkeit der Maßnahme zu überprüfen und mir diese schriftlich darzulegen.

### **2. Fehlende Berücksichtigung meiner Eigenbemühungen**

Gemäß § 3 SGB II und § 15 SGB II müssen alle Eigenbemühungen des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zur Integration in den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Ich habe bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um eine reguläre Beschäftigung zu finden. Da ich keinerlei Rückmeldung darüber erhalten habe, dass diese Bemühungen gewürdigt wurden, fordere ich eine Stellungnahme zu meinen bisherigen Eigenbemühungen und die Dokumentation, inwiefern diese in Ihre Entscheidung eingeflossen sind.

### **3. Unklare Tätigkeitsbeschreibung und arbeitsrechtliche Bedingungen**

Bisher liegen mir keine detaillierten Informationen zur Arbeitszeit, zur Höhe der Mehraufwandsentschädigung und zu den konkreten Tätigkeitsinhalten der Maßnahme vor. Laut § 35 Abs. 1 SGB X habe ich Anspruch auf eine transparente Tätigkeitsbeschreibung und umfassende Information über die Bedingungen der Arbeitsgelegenheit. Ich bitte Sie daher um eine schriftliche Tätigkeitsbeschreibung sowie Angaben zu Arbeitszeit, Arbeitsort und den zu erwartenden Tätigkeiten.

### **4. Verdacht auf Arbeitsplatzverdrängung**

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen dürfen 1-Euro-Jobs keine regulären Arbeitsplätze ersetzen. Es bestehen jedoch Anhaltspunkte dafür, dass die zugewiesene Maßnahme reguläre Tätigkeiten verdrängt, die normalerweise von tariflich bezahltem Personal ausgeführt würden. Ich fordere Sie daher auf, eine detaillierte Prüfung der Maßnahme durchzuführen, um

sicherzustellen, dass es sich um eine wirklich zusätzliche Tätigkeit handelt, die nicht in den Aufgabenbereich regulärer Arbeitnehmer fällt.

## **5. Fehlende Einbindung in eine qualifikationsgerechte Integrationsstrategie**

Eine Arbeitsgelegenheit sollte zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt beitragen. Die Zuweisung der mir übertragenen Tätigkeit entspricht jedoch nicht meinen Qualifikationen und trägt nicht zu meiner beruflichen Weiterentwicklung bei. Es fehlen jegliche Qualifizierungselemente, die mir eine realistische Perspektive für den regulären Arbeitsmarkt eröffnen könnten. Ich bitte daher um eine Stellungnahme, wie diese Arbeitsgelegenheit meine Integrationschancen verbessern soll.

## **6. Forderung nach Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung**

Laut § 15 SGB II ist der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung vor einer Zuweisung in eine Arbeitsgelegenheit erforderlich. Eine solche Vereinbarung wurde mir jedoch nicht vorgelegt. Ich fordere Sie daher auf, die Maßnahme zu überdenken und zunächst eine Eingliederungsvereinbarung zu erstellen, die konkrete Schritte und Qualifizierungselemente enthält.

## **Zusammenfassung und Bitte um Rücknahme der Maßnahme**

Aufgrund der oben genannten Punkte bitte ich Sie, die Zuweisung in die Arbeitsgelegenheit zu überprüfen und die Maßnahme bis zur endgültigen Klärung auszusetzen. Sollte keine schriftliche, nachvollziehbare Begründung für die Erforderlichkeit und Zusätzlichkeit der Maßnahme vorliegen, fordere ich Sie auf, diese Entscheidung zurückzunehmen.

Ich bitte um eine zeitnahe Bearbeitung meines Widerspruchs und eine schriftliche Stellungnahme zu den einzelnen Punkten.

Mit freundlichen Grüßen,

[Unterschrift]

[Ihr Name]

---

Dieser Muster-Widerspruch ist darauf ausgelegt, verschiedene rechtliche und inhaltliche Aspekte anzusprechen, die gegen die Zuweisung in einen 1-Euro-Job sprechen könnten. Durch das Einfordern transparenter Informationen und das Hervorheben potenzieller Unstimmigkeiten kann eine solide Grundlage für eine Überprüfung geschaffen werden. Verwendet jeweils den passenden Punkt für den Widerspruch. Dies ist nur ein Musterbeispiel, der keine Rechtsberatung ersetzt!